serbisch-bulgarischen Geheimverträge, hinter denen Rußland stand, klar erwiesen. Der deutsche Imperialismus, von dem die Sozialdemokraten so gern sprechen, tritt in Wahrheit in sehr bescheidenem Gewande auf. Wir wollen nur die Sicherheit unserer Volkswirtschaft. Bei der Bagdadbahn und den anatolischen Bahnen muß die Regierung sich energisch für unsere Interessen einsetzen. Zu weit gehende Anforderungen des französischen Kilometerhungers muß sie zurückweisen. In Palästina betätigt sich die deutsche Diplomatie jetzt glücklicherweise etwas lebhafter durch Einrichtung neuer Konsulate. Bei der Erwerbung von portugiesischen Kolonien wäre Vorsicht geboten. Bei der Erwerbung der portugiesischen Kolonien wäre Vorsicht geboten, da die Schlafkrankheit zum Teil dort wüten soll. Unsere Diplomaten bedürfen einer besseren volkswirtschaftlichen Vorbildung. Die Auslese muß lediglich nach der Tüchtigkeit erfolgen. Notwendig ist die Beteiligung des Reiches an der Ausstellung in San Francisco. Die dortige deutsche Ausstellung muß eine Qualitätsausstellung werden. Zur innerpolitischen Lage übergehend, führte Redner aus, daß die Braunschweiger sich hoffentlich die welfische Agitation vom Halse schaffen werden. Die Art der Einsetzung des Herzogs vermöge er freilich nicht zu billigen. Hier klafft ein Gegensatz zwischen der Auffassung des Kanzlers und der seiner Vorgänger. Preußen hat seinen Standpunkt in der braunschweigischen Frage auf der ganzen Linie preisgegeben. An den Grundlagen der bisherigen Wirtschaftspolitik wollen wir auch bei den kommenden Debatten über Zolltarif und Handelsverträge nicht rütteln lassen. Die Arbeitswilligen wollen wir schützen. Wir wollen zu diesem Zweck die energische Anwendung der bestehenden Gesetze. In einer Reihe von Fällen hat die Polizei versagt. (Zuruf der Sozialdemokraten: Den Arbeitswilligen gegenüber?) Nein, den Streikenden gegenüber! Wir denken nicht daran, das Koalitionsrecht anzutasten oder den Weg einer Ausnahmegesetzgebung zu betreten. Noch ein Wort über

Zabern.

Den staatsrechtlichen Theorien Scheidemanns stimmen wir nicht zu. Wir haben die Haltung des Reichskanzlers mißbilligt, weil auf die Verfehlungen nicht sofort eine Sühne erfolgte. Wäre der Leutnant v. Forstner sofort versetzt worden, dann wäre die ganze Verlegung des Regiments überflüssig gewesen. Wir haben weiter die Handhabung mißbilligt, weil hier ein Konflikt zwischen Militär- und Zivilverwaltung vorgekommen ist, und weil man diesen Konflikt nicht im Keime erstickt hat. Die Einheitlichkeit in der ganzen Frage hat gefehlt. Das war ein Mangel an Staatsklugheit. Wir alle wollen die Aufrechterhaltung der militärischen Autorität. Die Uniform muß geschützt werden. Anderseits verlangen wir aber auch eine strenge Respektierung der Gesetze von allen staatlichen Organen. Waren Mängel in den bestehenden Gesetzen schuld, dann muß der Reichskanzler für eine scharfe Abgrenzung der Zuständigkeit von Militär- und Zivilverwaltung sorgen. Der Schaden im Elsaß ist unzweifelhaft groß. Ich hoffe, daß die Erregung mit der Verlegung des Regiments gewichen ist. Die Mehrheit des Reichstages hat ein volles Verständnis für die berechtigten Beschwerden des elsässischen Volkes. Auch der Reichskanzler hat ein offenes und ehrliches Bekenntnis der Verfassung abgelegt. Wir hoffen, daß nunmehr der Friede in dem Grenzlande wiederkehrt. — Schluß 6¾ Uhr.

Mittwoch 12 Uhr Wahlprüfungen. Kleine Vorlagen, dann Weiterberatung des Etats.

•

Die Wirtschaftliche Vereinigung und der Reichskanzler.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Abstimmung der Wirtschaftlichen Vereinigung in Sachen der Interpellation über Zabern bringen manche Blätter irreführende Mitteilungen. Demgegenüber erklärt die Wirtschaftliche Vereinigung, daß ihre sämtlichen Mitglieder, ebenso wie die Deutschkonservative Partei, geschlossen gegen den Mißbilligungsantrag gestimmt haben.

Militärische Vorbereitungen für die Olympiade.

Berlin. Der Kaiser hat genehmigt, daß im Mai 1914 turnerische und sportliche Schaustellungen und Wettkämpfe zwischen Angehörigen der Armee stattfinden, die im Deutschen Stadion abgehalten werden sollen. Beteiligen dürfen sich Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Der Kronprinz hat das Protektorat übernommen. Die Einzelheiten der Ausschreibungen werden zurzeit von einem durch den Kriegsminister zusammenberufenen Ausschuß unter dem Vorsitz des Kommandeurs der Militärturnanstalt bearbeitet. Die mit der Sache zusammenhängenden Veröffentlichungen werden im „Militär-Wochenblatt" erscheinen. Die Wettkämpfe werden für die Vorbereitung der Olympiade von großer Bedeutung sein und deshalb unter allen Freunden des Sports lebhaftes Interesse erwecken.

Zum Zaberner Zwischenfall.

Berlin. Einige Zeitungen haben eine besondere Eile, die durch den Abmarsch der Garnison von Zabern entstandene Lücke wieder zu schließen. Nicht weniger als drei Regimenter, und zwar die 8Ver, das Königl. Sächs. Regiment Nr. 105 und die 1Ver hat man bisher dazu ausersehen. Wie an unterrichteter Stelle festgestellt wird, sind diese Meldungen alle verfrüht. Eine Entscheidung, ob die 99er nach Zabern zurückkehren, oder ob ein anderes Regiment an ihre Stelle tritt und welches, wird erst nach Abschluß der gerichtlichen Verhandlungen erfolgen. („L. Ztg.")

Der Schutz der Arbeitswilligen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach dem „Bayrischen Kurier" sollen Vorbereitungen zu einem Gesetzentwurf zum besseren Schutz der Arbeitswilligen im Reichsamt des Innern im Gange sein. Von gutunterrichteter Seite wird diese Meldung als unrichtig bezeichnet. Bei den mit dem Schutz der Arbeitswilligen in Verbindung stehenden Arbeiten im Reichsamt des Innern handelt es sich lediglich um die Beschaffung von Material zur Beurteilung der Frage, ob es geboten sei, Uebergriffen der Berufsorganisationen auf seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, die eine Beschränkung der persönlichen Freiheit des einzelnen darstellen, entgegenzutreten, und ferner um die Beschaffung weiteren Materials zu der Frage einer Verschärfung der allgemeinen Strafbestimmungen betreffend Beleidigung, Nötigung und Körperverletzung. Für ein Spezialgesetz zum Schutze der Arbeitswilligen sind Vorbereitungen nicht im Gange, und man nimmt auch nicht an, daß etwa dahinzielende Anträge im Bundesrat eine Mehrheit finden werden.

Bismarck und das Reichstagswahlrecht.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der wiederholten Behauptung Professor Dr. Hans Delbrücks von angeblichen Staatsstreichplänen Bismarcks aus dem Jahre 1890 gegenüber erklärt die „Deutsche Tagesztg.": Richtig ist, daß Fürst Bismarck in der letzten Zeit seiner Amtsführung die Gefahr des allgemeinen, gleichen, direkten Reichstagswahlrechts deutlicher und schärfer erkannt hatte als vorher. Daraus hat er auch niemals ein Hehl gemacht. Er hat sich mehr als einmal dahin ausgesprochen, daß selbstverständlich dieses Wahlrecht nur aufrecht erhalten werden könne, solange es den Zweck und den Bestand des Reiches nicht gefährdet. Daß er aber bestimmte Pläne, die man als Staatsstreich bezeichnen konnte, schon gefaßt und erwogen habe, das bestreitet man auf das entschiedenste, und wir können uns dabei auf das Zeugnis des Fürsten Herbert v. Bismarck berufen, der uns ausdrücklich ermächtigt und ersucht hat, solche Mitteilungen als unrichtig zu bezeichnen.

Der Nachfolger des Generalleutnants Liman v. Sanders.

Berlin. (Priv.-Tel.) Generalleutnant Liman von Sanders, der Führer der nach Konstantinopel gehenden deutschen Militärmission, wurde vom Kaiser nach der gestrigen Abschiedsaudienz mit dem Kronenorden 1. Klasse ausgezeichnet. Als Nachfolger des Generals Liman v. Sanders ist der Oberquartiermeister im Generalstab der Armee, Generalleutnant Freiherr v. Freytag-Loringhoven in Berlin, zum Kommandeur der 22. Division in Kassel ernannt worden.

Der Wahlhandel in Löwenberg.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Ablaß hatte im Reichstag behauptet, ein konservativer Handwerksmeister in Löwenberg in Schlesien hätte einen Bestechungsversuch an einem sozialdemokratischen Vertrauensmann unternommen, um die Wahl des freisinnigen Kandidaten Rektor Kopisch zu verhindern. Dieser Handwerksmeister, Malermeister Wenmann, erläßt nun in der „Deutsch. Tagesztg." einen Offenen Brief an Ablaß, in dem er erklärt: Zur Haupt- und Stichwahl 1912 wurde hierorts bekannt, daß der Freisinn den Versuch machte, die sozialdemokratischen Stimmen für seinen Kandidaten zu gewinnen. Eine andere Annahme ging dahin, die Sozialdemokraten würden Stimmenthaltung proklamieren. Herr Alte war mir persönlich bekannt, welcher Umstand mich veranlaßte, ihn ohne jegliches Wissen der konservativen Parteileitung um Auskunft anzugehen. Herr Alte konnte mir insofern nichts bestimmtes mitteilen, weil die Parole der Hauptleitung seiner Partei noch aussand. Wenn Stimmenthaltung angesagt werden sollte, erbot ich mich, weil ich hierin kein Unrecht sah, die Kosten für die Bekanntgebung derselben zu übernehmen, deren Betragshöhe Sie ja im Reichstage angeben, und dies ist scheinbar das einzige, was Ihrem Gedächtnis erhalten geblieben. Bei meinem zweiten und zwar letzten Besuche bemerkte Herr Alte, daß Stimmenthaltung nicht ausgeübt wird, wenn einer der gegnerischen Kandidaten die sechs Forderungen, die die Hauptleitung seiner Partei aufgestellt hat, anerkennt und sich schriftlich verpflichtet, für dieselben gegebenenfalls einzutreten, wofür demselben die Unterstützung durch die Stimmen der Sozialdemokraten gewährleistet würde. Hiermit war meine Unterhaltung mit Herrn Alte zu Ende. Was tat der Freisinn? Zwei seiner Vertrauensmänner, Herr Brauereibesitzer Edwin Hohberg und Herr Gartenbesitzer Julius Seidel, beide Herren selbst besuchten den Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei, Herrn Maerten, in dessen Wohnung und nicht, um sich, wie ich getan, wegen eventueller Stimmenthaltung zu erkundigen, sondern um Stimmen für ihren Kandidaten zu werben unter gleichzeitiger Uebernahme sämtlicher Kosten, die durch Inserate und Flugblätter auf Grund dieses Abkommens erwachsen würden. Vorher war die Anerkennung erwähnter sechs Forderungen, die die sozialdemokratische Partei gestellt hatte, mit eigenhändiger Unterschrift des Herrn Kopisch versehen, eingetroffen. Doch mußte dieselbe, um bei den Genossen Annahme zu finden, noch mit dem freisinnigen Parteistempel erhärtet werden. Dieses geschah, und das Geschäft war richtig.

Die Einfuhr russischen Fleisches nach Berlin.

Berlin. Auf den Antrag des Magistrats hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die der Stadt Berlin erteilte Einfuhrgenehmigung für russisches Rind- und Schweinefleisch in dem bisherigen Umfange und unter den bisherigen Bedingungen bis zum 31. März 1914 verlängert. Der Minister setzt dabei voraus, daß die Einfuhr vom Magistrat werde eingestellt werden, sobald sich ergebe, daß nach dem Preisstande des einheimischen Fleisches ein Verkauf des russischen Fleisches zu einem nennenswert billigeren Preise nicht möglich ist.

Radiumbeschaffung für Groß-Berlin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Ministerium des Innern traten heute mittag auf Einladung des Geh. Medizinalrats Professors Dr. His die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden zusammen, um über die gemeinschaftliche Radiumbeschaffung zu beraten. Es war vorgeschlagen worden, einen Verein mit juristischer Persönlichkeit zu begründen, der die Beschaffung und Verwendung des Radiums in die Hand nimmt. Das Kapital, etwa 500 000 Mk., wird die Landesversicherungsanstalt von Berlin und Brandenburg leihweise hergeben. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die die Einzelheiten des Vorschlages prüfen und dann geeignete weitere Vorschläge machen soll.

Das Befinden der Großherzogin von Sachsen-Weimar.

Weimar. (Priv.-Tel.) Der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen treffen am 17. Dezember wieder in Weimar ein, um das Weihnachtsfest hier zu verleben. Das Befinden der Großherzogin Theodora, die längere Zeit in der Klinik des Professors Binswanger in Konstanz geweilt hatte, ist durchaus zufriedenstellend.

Protest gegen ein Heine-Denkmal in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Die Deutschnationalen berufen für kommenden Freitag, dem Vorabend der Enthüllung des Heine-Denkmals, in Frankfurt eine Protestversammlung ein. Die Versammlung wird durch große Plakate angekündigt, die mit Zitaten Heines über Juden, Christen und Frauen, sowie über Preußen, Deutschland und das Haus Hohenzollern versehen sind.

Verschiebung des Kaiserbesuches in München?

München. (Priv.-Tel.) Der Gegenbesuch des deutschen Kaiserpaares in München, der auf den 15. und 16. Dezember festgesetzt war, ist infolge der schweren Erkrankung der Fürstin von Hohenzollern in Frage gestellt. Der Besuch des Kaiserpaares wird möglicherweise auf kurze Zeit verschoben werden.

Eine Reform der bayerischen Reichsratskammer.

München. In der Kammer der Abgeordneten erklärte in der heutigen Abendsitzung der Ministerpräsident Frhr. v. Hertling: Von ganz besonderer Bedeutung sei die vom Abgeordneten Häberlein aufgeworfene Frage einer stärkeren Vertretung der gewerblichen Stände in der bayerischen Kammer der Reichsräte. Er stimme dem Abgeordneten Häberlein zu, der darauf hingewiesen habe, daß das Haupthindernis jetzt behoben sei, indem Bayern jetzt keine Regentschaft mehr, sondern ein Königtum habe. Er sei bereit, der Frage näherzutreten, inwieweit Aenderungen in der Kammer der Reichsräte vorzunehmen seien. Diese Frage müsse aber in enger Fühlungnahme mit dieser Kammer selbst gelöst werden. Die Regierung werde in dieser Frage die Initiative ergreifen. (Bravo!)

Vorführung des Kinetophons.

München. (Priv.-Tel.) Das Kinetophon, die von Edison gemachte Erfindung zwischen Kinematograph und Grammophon, ist heute zum ersten Male in Deutschland hier vorgeführt worden, und zwar vor dem König und der Königin von Bayern und einer geladenen Gesellschaft. Das sprechende Bild wird, wie die sich bewegende Photographie auf eine weiße Leinwand projiziert und mit der Hand abgekurbelt. Die Gleichzeitigkeit von Schall und Bewegung ist durchweg erreicht. Vorgeführt wurden Reden, Vokal- und Instrumentalmusik, verschiedene Geräusche, wie Tellerzerschlagen, Hundegebell, usw. Zum Schluß gab es in mehreren Abteilungen ein regelrechtes amerikanisches Varieté mit Chorgesang, großem Orchester und allem, was dazu gehört.

Proteste des Münchner Erzbischofs.

München. (Priv.-Tel.) Von den Kanzeln der Münchner Pfarrkirchen wurden am Sonntag folgende Proteste des Münchner Erzbischofs verlesen: „Ein „Moral und Religion" überschriebener Artikel der „Münchner Neuesten Nachrichten" enthält den Satz: „Denn darüber besteht wohl kein Zweifel, daß im Laufe der Geschichte die katholische Moral verderblichen Einfluß auf ganze Völker ausübte und sie, statt sittlich zu heben, tief an den Rand des Abgrundes brachte." Gegen eine solche Beschimpfung der katholischen Sittenlehre erhebe ich hiermit feierlich und nachdrücklich Protest. — Die „Münchn. N. N." erklären nun, daß vor dem Erzbischof bereits die Zentrumspresse den in Frage stehenden Satz aus dem Zusammenhang gerissen und die „Münchn. N. N." der Beschimpfung des katholischen Glaubens, der katholischen Sittenlehre und der katholischen Kirche beschuldigt habe und kündigen an, daß sie die ganze bayrische Zentrumspresse vor den Strafrichter zur Verantwortung ziehen wolle."

Plenarsitzung der ungarischen Delegation.

Wien. Die ungarische Delegation hielt heute vormittag eine Plenarsitzung ab, zu der auch die Opposition erschienen war. Auf die Frage der Interpellanten erwiderte der Minister des Aeußeren Graf Berchtold, daß Oesterreich-Ungarn gemeinsam mit den übrigen Großmächten tatsächlich bestrebt gewesen sei, den ersten Balkankrieg zu verhindern. Die Aktion der Regierung habe nicht zu dem Ergebnisse geführt, daß sie dem Kriege vorbeugte, jedoch den Nutzen gehabt, daß die Mächte in einem gewissen Ideenaustausche miteinander standen. Auf dieser Grundlage habe dann später ein Vorgehen der Großmächte eingesetzt, das eine Regelung im allgemeinen Einverständnisse hinsichtlich gewisser Fragen zur Wiederherstellung des Friedens bezweckte. Was die durch den „Matin" bekannt gewordenen Verträge zwischen den Balkanstaaten anlangt, so bemerkte der Minister, daß er der Natur der Sache nach keine offizielle Kenntnis von ihnen habe erlangen können. Auch hinsichtlich des zweiten Balkankrieges, sagte der Minister, gebührt uns kein Vorwurf, daß wir nicht alles unternommen hätten, um diesen Feldzug zu verhindern. Alle unsere Gesandten auf dem Balkan hatten Weisung, nachdrücklich die Aufrechterhaltung des Friedens anzuraten. Das Selbstverfügungsrecht der Balkanstaaten und die Stellungnahme dagegen, daß irgendeine Großmacht dieses Selbstverfügungsrecht einschränke, ist ein traditionelles Prinzip unserer Politik. Wie wenig wir den zweiten Balkankrieg herbeigewünscht haben, beweist am besten unser ernstliches Bestreben, eine freundschaftliche Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien herbeizuführen. Die Antwort des Ministers wurde von der Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Talaat Bey über die deutsche Militärmission.

London. (Priv.-Tel.) Der türkische Minister des Innern Talaat Bey sprach sich in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Daily Telegraph" über den Zweck der deutschen Militärmission dahin aus: Es ist lächerlich, anzunehmen, daß der deutsche General eine politische Rolle spielen oder eine wirksame Kontrolle über Konstantinopel ausüben könnte. Dies ist ebensowenig der Fall, wie es in Athen gewesen sein wird, wo französische Offiziere in einer gleichartigen Mission tätig gewesen sind. Der Grund, weshalb man das Kommando nach Konstantinopel und nicht in eine andere türkische Stadt legte, ist ein doppelter: 1. Befinden sich alle militärischen Schulen und das Hauptquartier für die Kavallerie, Artillerie usw., deren Reform in Betracht kommt, in Konstantinopel, und 2. ist der Führer der deutschen Militärmission gerade deswegen mit dem Kommando über das Konstantinopeler Armeekorps betraut worden, weil er die Aufgabe hat, dieses Korps zu einer Mustertruppe zu machen, und diese Aufgabe unter den Augen der türkischen Regierung und insbesondere des türkischen Kriegsministers in Angriff genommen werden soll.

Rumäniens diplomatische Vertretung in Walona.

Bukarest. Der Ministerrat beschloß, einen dringlichen Gesetzentwurf über die Schaffung einer Gesandtschaft und eines Generalkonsulats in Walona einzubringen.

Das Ergebnis der bulgarischen Wahlen.

Sofia. (Priv.-Tel.) Nach den bisherigen bulgarischen Wahlergebnissen dürfte sich das Stärkeverhältnis der Parteien wie folgt gestalten: 103 bis 107 Mitglieder der Regierungspartei, 96 bis 100 Oppositionelle, unter den letzteren 36 Sozialisten, 28 Anhänger der Bauernpartei und je 6 Demokraten und Radikale.

Leipzig. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Altihändlers Rudolf Händel aus Potsdam, der wegen schweren Raubes zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Berlin. Dem „Berl. Lok.-Anz." zufolge ist der Professor Franz Kullak, 69 Jahre alt, in Wilmersdorf gestorben.

Kiel. (Priv.-Tel.) Das Linienschiff „Lothringen", das nachts auf der Ausreise begriffen war, kollidierte bei Möltenort in regendicker Luft mit dem englischen Dampfer „Hilda" aus Glasgow. Der Dampfer, der mit einer Holzladung von Rußland durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee bestimmt war, wurde leck, blieb jedoch schwimmend erhalten. „Lothringen" hat keine nennenswerten Beschädigungen erlitten.

Pirmasens. (Priv.-Tel.) Nachdem die Revision der sozialdemokratischen Vereinskasse einen Fehlbetrag von 2486 Mark ergeben hatte, beschloß die Mitgliederversammlung den Ausschluß des Vereinskassierers Decker. Bei der Staatsanwaltschaft Zweibrücken soll Anzeige erstattet werden.

Laibach. In dem Kohlenbergwerk „Britoof" im Bezirke Adelsberg wurden infolge eines Wassereinbruches 11 Bergleute verschüttet. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

London. Auf Grund einer heute zwischen den Reedern und den Arbeitern erreichten Verständigung wird der Hafen von Dublin morgen wieder eröffnet und der normale Betrieb wieder aufgenommen werden.

Berlin, 9. Dezember. (Priv.-Tel.) Die Tuchfabrikantenverbände in Crimmitschau, Greiz und Gera ebenso wie die in Aachen und Cottbus nehmen nunmehr ebenfalls gegen die beabsichtigte Kartellierung zwischen Tuchfabrikanten und Tuchabnehmern Stellung. Es ist von den erwähnten Verbänden beabsichtigt, auf der Generalversammlung am Donnerstag Ablehnung des Kartellierungsantrages zu beantragen bezw. Vertagung der Beratungen zu verlangen.

Essen, 9. Dezember. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hält am 22. d. M. eine Beiratssitzung ab, in der über die Berufung der Gewerkschaften „Schölerpad" und „Hobelsen" gegen die Entscheidung der Kokskommission Beschluß gefaßt werden soll. In der im Anschluß daran stattfindenden Zechenbesitzer-Versammlung sollen die Beteiligungsanteile für Januar 1914 festgesetzt werden.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per Dezember 26,80, per März-Juni 27,15, schwach. — Rüböl per Dezember 77,50, per Mai-August 75,25, ruhig. — Spiritus per Dezember 43, per Mai-August 46,75, schwach.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Leibarzt Generalarzt z. D. Dr. Selle den bayrischen Verdienstorden vom Heiligen Michael 2. Klasse mit Stern, der Kammerdiener Geheimkämmerierer Ranisch den Verdienstorden vom Heiligen Michael 4. Klasse und der Leibjäger Andrich die silberne Medaille zu demselben Orden annehmen und tragen.

— Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Mathilde wohnte vorgestern abend der Aufführung des Weihnachtsspieles „Das Gottes Kind" im Königlichen Schauspielhause bei.

SLUB
Wir führen Wissen.